

Frischer Wind oder Tropfen auf dem heißen Stein?

Der Machtkampf zwischen der traditionellen Gesellschaft und der Provinzregierung

von Gutomo Bayu Aji

1997 — fünf Jahre nach der Konferenz in Rio, in der die Agenda 21 festgelegt wurde — gab es noch ein wenig Hoffnung, dass Indonesien sich für Aufbau und Entwicklung der kleinen Inseln und der Küstenregionen einsetzen würde. Denn dieser Aspekt war in der Agenda 21 für Indonesien integriert. Seit der reformasi wurde jedoch jegliche Hoffnung durch dominante politische Faktoren zunichte gemacht, die dieses Land behindern. Fast alle Mitglieder der Gesellschaft ließen sich plötzlich von der Euphorie der Politik der reformasi mitreißen. Und beinahe hätten sie alle nicht-politischen Dimensionen, einschließlich des Problems der Entwicklung der Küstenregionen und des Meeres bei Seite geschoben.

Wen kümmert heute der durch fremde Fischerboote entstehende Verlust des Staates, der jährlich auf etwa 1,362 Milliarden US-Dollar geschätzt wird? Wen kümmert es, dass seit 1983 zehn kleine Inseln im Bereich der Tausend Inseln vor der Küste Jakartas vom Meer verschluckt worden sind? Wen kümmert die Zerstörung des Ökosystems der Strände, der Mangrovenwälder, der Korallen und der gesamten kleinen Inseln durch Touristen, die mit der Natur nicht pfleglich umgehen? Wen kümmert denn das Problem der Armut und das daraus entstehende Konfliktpotential der Küstenregionen? Man könnte noch viele weitere Probleme und Fragen aufzählen, die durch die Euphorie der *reformasi*, welche das gesamte Land erfasst hat, anscheinend einfach unter den Tisch gefegt worden sind.

Fast vier Jahre lang wurden verschiedene nicht-politische Dimensionen ignoriert, und mehr als 35 Jahre sind die Probleme der kleinen Inseln nicht gut in die Strategie der nationalen Entwicklung integriert worden. Erst jetzt entspannt sich die Lage ein wenig, und es scheint ein frischerer Wind zu wehen, da die Zentralregierung über die Abteilung für Meeresangelegenheiten und Fisch-

fang eine öffentliche, auf der Provinzbevölkerung basierende Direktive zum Management der kleinen Inseln festgelegt hat. Die Festlegung dieser Direktive ist jedoch zunächst wie ein Tropfen auf dem heißen Stein, da mit dem Begriff »Provinzbevölkerung« auch diejenigen Klassen von *stakeholders* abgedeckt werden, welchen das Management der kleinen Inseln schon immer oblag.

Jedoch muss man zugestehen, dass diese Direktive Formulierungen gebraucht, die schon einen Schritt weiter gehen als die regionalen Autonomiegesetze selbst. Im Zuge der Bemühungen um Dezentralisierung, die in den Gesetzen Nr. 22/1999 und Nr. 25/1999 verankert sind, findet man fast keine Anzeichen für eine Stärkung der Institutionen auf lokaler Ebene. Die treibende Kraft ist das Bestreben nach finanziellem Gleichgewicht zwischen der Zentralregierung und der Provinz. Betrachtet man das Problem genauer, stellt man fest, dass die Gesellschaft die Autonomie weitaus dringender benötigt als die Regierung. Demgemäß geht es also nicht nur um die Autonomie der Provinzregierung, sondern auch um die Unabhängigkeit der Gesellschaft in den Regionen, der gerade in der genannten Direktive Rechnung getragen wird.

In diesem Artikel soll nunmehr der Versuch unternommen werden, die Konfliktherde beim Management der kleinen Inseln und dem Ökotourismus, die zwischen der traditionellen Gesellschaft und der autonomen Provinzregierung bestehen, aufzuzeigen. Die kleine Menge an Daten wurde durch direkte Beobachtung auf den drei kleinen Inseln Gili Air, Gili Meno und Gili Terawangan erhoben, die sich in den südlichen Gewässern von Lombok, im westlichen Bezirk von Lombok befinden.

Der hauptsächliche Fokus liegt auf Gili Air, da sich die Gesellschaft dort sowohl an der »Wiederbelebung« der traditionellen Institutionen (im Hinblick auf Regelungen und Dekrete, die sich mit dem Schutz des Meeres auseinandersetzen) beteiligt, als sich auch für die Etablierung lokaler NGOs einsetzt wie z.B. für die Umweltschutzorganisation YGIL.

Die Arena politischer und ökonomischer Kämpfe

Die regionalen Autonomiegesetze tragen nicht zur Stärkung der traditionellen gesellschaftlichen Institutionen auf gesellschaftlicher Ebene bei. Die Gesetze sind hingegen, bereits erwähnt, darauf ausgelegt, ein



aus: Indonesien. Traveller Handbuch Bd. 3, Stefan Loose 1985, S. 21

finanzielles Gleichgewicht zwischen der Zentral- und der Provinzregierung zu schaffen. Die Absicht der Provinzregierung besteht dabei hauptsächlich darin, über eine Erhöhung des Origineleinkommens der Region (*Pendapatan Asli Daerah*, PAD) zu verhandeln. Das System ist immer noch ein zentralistisches, da es mit einem *top-down* Schema der Entwicklung einhergeht. Der Unterschied zu früher ist lediglich darin zu sehen, dass man hofft, der *trickle down effect* erstreckt sich von der Regierungsstufe II, dem Bezirk, bis hin zur Dorfebene. Diese Zentralisierung ist nicht sehr förderlich für das Engagement der traditionellen Gesellschaft, die eine Wiederbelebung der Rechte und der traditionellen Institutionen sowie das Wachstum und die Expansion lokaler NGOs wie der YGIL fordert, um eine auf der Gesellschaft basierende Entwicklung des Ökotourismus zu erreichen. Außerdem sind die regionalen Autonomiegesetze für die Mittelklasse im allgemeinen, für NGOs und Zivilorganisationen (CSO), die zur Zeit versuchen, durch ihren Einsatz den Einfluss der Provinzbewölkerung zu vermehren, eher hinderlich. Dabei ist es offensichtlich, dass NGOs und CSOs und andere Zusammenschlüsse aus den Kreisen der Mittelschicht noch immer notwendig sind, um ihre alte Rolle als Teil einer *pressure group*, die Druck auf die jetzige autoritäre, tendenziell unpopuläre Politik der Regierung ausübt, aufrechtzuerhalten.

Fragen im Bereich des Tourismus und der Natur, die auch von der Mittelklasse behandelt werden wie

z.B. der Ökotourismus, den sie durch Drängen versucht, in den indonesischen Tourismusprogrammen zu verankern, werden offensichtlich von der Provinzregierung nicht ernst genommen. Stattdessen sorgt letztere für die weiterhin andauernde Ausbeutung der Natur auf den kleinen Inseln. An dieser Stelle zeigt sich wieder deutlich, dass die Absicht, die sich hinter den regionalen Autonomiegesetzen verbirgt, keine andere ist, als das PAD zu steigern. Mit anderen Worten bezieht sich die Zentralisierung nicht mehr nur auf das Zentrum, sondern sie erstreckt sich nunmehr immer gleichmäßiger auf die Provinzen.

Im Hinblick auf die Gesellschaft innerhalb der Provinzen wird eine derartige Situation die Leine, an der die Menschen geführt werden, nur noch verkürzen. Der Kampf von »unten« gegen das »Zentrum«, der zur Zeit der zentralistischen Regierung der neuen Ordnung geführt wurde, verlagert sich momentan auf »unten« gegen die »Region«. Es zeichnet sich ab, dass die Provinzen

dem Kampf immer weniger Spielraum geben und dazu tendieren, Probleme zu »lokalisieren«. Trotz alledem bereitet es der Gesellschaft immer weniger Probleme, den Zugang zur Außenwelt herzustellen. Dies erinnert daran, dass es die Autonomie der Provinzen mit sich bringt, beim Aufbau der jeweiligen Regionen direkt mit internationalen Akteuren wie internationalen Spendeninstitutionen oder anderen internationalen Einrichtungen in Verbindung treten zu können.

Der Erlass der regionalen Autonomiegesetze stellt eine Last für die traditionelle Gesellschaft dar, da die Gesetze die Beziehung zwischen Gesellschaft und Regierung nicht substantiell neu regeln, sondern im Gegenteil der Provinzregierung nutzen. In Gili Air setzt sich die traditionelle Gesellschaft zunehmend für Fragen der Wiederbelebung traditioneller Regelungen ein, die sich etwa auf die Sauberkeit und Sicherheit der Meere und auf die natürliche Expansion von YGIL im Umweltmanagement der Inseln sowohl an Land als auch zu Wasser beziehen. Jedoch stoßen ihre Bemühungen, die Korallenriffe, die Riesenkrabben und die Schildkröten zu schützen, bei der Provinzregierung nicht auf positive Resonanz. Mit anderen Worten wird das Geld, das die Provinzregierung durch das PAD erhält, in Gili Air nicht dazu verwendet, traditionelle gesellschaftliche Organisationen auf lokaler Ebene zu stärken.

Die Akteure und ihre Rolle

Da wir nun über die Arena des Kampfes geredet haben, erscheint es im Anschluss daran als sinnvoll, auch über die Akteure zu

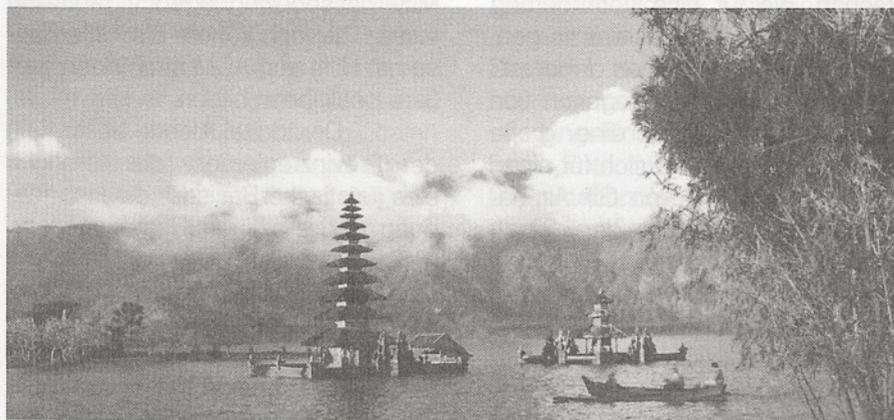
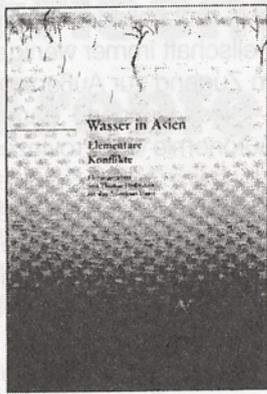


Foto: Archiv

Durch Tourismus sind viele Ökosysteme bedroht.

— Anzeige —



464 Seiten, gebunden
 zahlreiche Abbildungen
 in s/w und Farbe
 1. Aufl. April 1997
 ISBN 3-929979-37-3
 DM 49,-/ÖS 358,-/sFr 45,50

Wasser in Asien

Elementare Konflikte

Herausgegeben von Thomas Hoffmann
 für das Asienhaus Essen

Eine Bestandsaufnahme elementarer Konflikte um Wasser in Asien: Wasser – seine existentielle Bedeutung kann durch die Nutzung verschiedener Gruppen zu politischen, sozialen, ökologischen und ökonomischen Konflikten führen. In knapp 70 Beiträgen – thematisch unterteilt in 8 Kapitel – wird die konfliktgeladene aber auch kulturelle Facette des Mediums Wasser behandelt. Diskutiert werden die Wassernutzung in Asien sowie die umweltpolitischen und sozialen Probleme und Entwicklungen.

Ein übergreifender Vorspann leitet jedes Kapitel ein. Eine Bibliographie verweist auf aktuelle und weiterführende Literatur zum Thema Wasser.

Bestellung an:

Asienhaus — Vertrieb
 Bullmannaue 11
 45327 Essen

Fax: 0201-8303830
 E-Mail: vertrieb@asienhaus.de

Lieferung gegen Rechnung, versandkostenfrei

sprechen, die für eine Veränderung im Bereich des Ökotourismus sorgen. Welche Rolle kommt ihnen dabei zu? Generell gibt es vier Kategorien von Akteuren, die insofern eine große Koalition bilden, als sie sich für einen auf der Gesellschaft von Gili Air basierenden Ökotourismus der kleinen Inseln einsetzen. Mittels des Versuchs eines »Adaptive Co-Management (ACM)« könnte dieser große Zusammenschluss die verschiedenen Aufgaben aufteilen und somit einer möglichen Lösung des Konflikts näher kommen.

Mittelklassebewegungen aufteilen lassen. Jedoch könnte die Mittelklasse mit Hilfe von ACM auch noch größere Koalitionen bilden.

Der dritte Akteur besteht in der Provinzregierung, die versucht, eine juristische Basis für die Handhabung der jeweiligen Regelungen innerhalb der Regionen zu schaffen. Die Formulierung, die zur Zeit umkämpft wird, ist die Provinzregelung, die das Management des Ökotourismus auf den kleinen Inseln durch die Gesellschaft fordert. In dieser Angelegenheit muss die Provinzregierung

Erstens ist als wichtigster Akteur die Gesellschaft von Gili Air zu erwähnen. In der Geschichte des Ökotourismus von Gili Air hat sich die Bevölkerung in zwei traditionellen Institutionen engagiert. Die erste beschäftigt sich vor allem mit dem Gewässerschutz; im Vordergrund steht die Festlegung von für den Fischfang freigegebenen Zonen. Ferner setzt sie sich für die Wahrung des biologischen Gleichgewichts des Ozeans ein. Die zweite Institution ist YGIL, eine lokale NGO, die eine Form der Dorfgemeinschaft darstellt.

Als zweiter Akteur ist das Konglomerat der Mittelklasse zu nennen, die vor allem NGOs und CSOs umfasst. Ihre jetzige Rolle ist nicht nur als *supporting system* zu sehen. Vielmehr kommt ihre frühere Rolle als *pressure group* wieder zum Tragen. Dies rührt daher, dass die autoritären Züge im jetzigen Prozess der *reformasi* und der Demokratisierung wieder sichtbar werden. Wie von Chambers formuliert, gibt es fünf Kategorien, in die sich die

für die Durchführung der regionalen Autonomie kämpfen, indem sie sich auf die oben genannte Direktive, die von der Abteilung für Meeresangelegenheiten und Fischfang erlassen wurde, bezieht.

Die vierte Gruppe setzt sich aus Unternehmern im Bereich des Ökotourismus zusammen, die in Gili Air Hotels betreiben und Bungalows vermieten oder die in anderen Geschäftszweigen wie im Tauchen, Schnorcheln, im Fischfang oder Bootsverleih tätig sind. In Bezug auf den Versuch, die Natur an Land und an Wasser zu erhalten, sind sie als sehr einflussreiche Personen anzusehen. Bisher ist ihr Beitrag im Umweltschutz jedoch leider als eher gering einzustufen. Vielmehr trägt ihr Verhalten destruktive Züge, wie sich anhand der durch sie verursachten Gewässerverschmutzung, der Verunreinigung der Strände, der Abholzung der Mangrovenwälder etc. ablesen lässt.

Ein ziemlich bedeutender Punkt, der an dieser Stelle zu erwähnen ist, kann in folgendem Satz zusammengefasst werden: »Die Theorie des ACM klingt gut, sie lässt sich aber nur mit Mühe in die Praxis umsetzen«. Die Macht, welche die Provinzregierung ausspielt, stellt sicherlich ein schwieriges Problem für die Durchführung von ACM dar — besonders, wenn die regionalen Autonomiegesetze nicht sofort überarbeitet und geändert werden. Nach diesen Gesetzen wird die Provinzregierung ihre Macht niemals mit traditionellen gesellschaftlichen Institutionen teilen, weil ihr Interesse lediglich in der größtmöglichen Steigerung des PAD besteht. Mit anderen Worten basiert der schwer umsetzbare Plan der Durchführung des ACM auf der Hoffnung, die Rolle der Regierung in eine populistischere Richtung zu drängen.

Übersetzung aus dem Indonesischen
 von Monika Arnez.

Richtigstellung

In dem Artikel von Holger Warnk, *südostasien* 3/2001, S. 45, wurde Dewi Lestari (Dee) versehentlich als Sundanesin bezeichnet, sie ist jedoch eine Batak.